

## Diskursprojekt Linksreformismus Tagung 04-06.02.2011, Berlin

Ulrich Schachtschneider

### Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit

#### Ein ökologisches Grundeinkommen als anschlussfähiges sozial-ökologisches Reformprojekt

Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit – so etwa ließe sich ein progressives Paradigma eines sozial-ökologischen Reformprojekts plakativ auf den Punkt bringen, welches drei fundamentale Ansprüche der Moderne vereint, die bis jetzt im politischen Diskurs isoliert, eher im Gegensatz als miteinander gedacht wurden: Der Liberalismus als Anspruch auf individuelle Freiheit, der Sozialismus als Anspruch auf soziale Gleichheit sowie die Kultur- und Konsumkritik als Anspruch auf ökologische Genügsamkeit. Ich möchte zeigen, dass eine solche Synthese kein abgehobenes Utopia ist, sondern als kohärentes sozial-ökologisches Reformprojekt begründet und konkretisiert werden kann, welches die Kapitaldominanz zurückdrängt. Der Beitrag soll die Chancen für eine derartige linksreformatorische Perspektive illustrieren, sie keineswegs als zwingend ableiten.

Ausgehend von der ökologischen Krise werden zunächst verschiedene Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege zu ihrer besseren Bearbeitung mit ihren je spezifischen nützlichen Gehalten dargestellt. Das sozial-ökologische Reformprojekt verortet sich in dem Ansatz „Phasenwechsel“ – einer Denkrichtung, die systemkritische und -bejahende Gehalte in einer Transformationsperspektive integriert (1). Nach einer kurzen Skizze der Aporien gegenwärtiger Umweltpolitiken werde ich diesen das „ökologische Grundeinkommen“ als zentrales Projekt einer sozial-ökologischen Transformation gegenüberstellen und daran die Möglichkeit der Integration von Freiheit, Gleichheit und Genügsamkeit konkretisieren (2). Daran anknüpfend werde ich zeigen, wie sich ein neuer tragender hegemonialer Block um ein solches Projekt herum konstituieren könnte, in dem sich eine Mehrheit der sozialen Schichten und Milieus mit ihren Meinungen, Identitäten und materiellen Interessen wiederfinden kann (3). In den beiden letzten Abschnitten wird die Frage der Kompatibilität mit dem Kapitalismus diskutiert. Zunächst werde ich die mögliche Einbindung des zentralen Projekts „Ökologisches Grundeinkommen“ in eine sozial-ökologische Regulationsweise, in eine neue Phase des Kapitalismus, darstellen (4). Abschließend wird die Frage eines dazu kohärenten Akkumulationsregimes aufgeworfen, die mit einer Diskussion von Sinn und Grenzen von Wirtschaftswachstum verbunden ist (5).

#### 1 Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise: Phasenwechsel als Synthese

Ein grundlegender, wenn auch nicht der einzig mögliche, Ausgangspunkt für ein linksreformatorisches Projekt ist die ökologische Krise, verstanden als eine gesellschaftliche Krise der Lebens- und Produktionsweise. Im sozial-ökologischen Diskurs der letzten 20 Jahre lassen sich drei grundlegende Denkrichtungen für gesellschaftliche Wege zu ihrer besseren Bearbeitung bzw. zu ihrer Lösung unterscheiden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Unterscheidung der Richtungen ist entwickelt worden in: Adler, Frank/ Schachtschneider, Ulrich 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München.

Die erste Denkrichtung basiert auf fundamentalen Kritiken des Kapitalismus, teilweise auch der Moderne insgesamt. Der Markt bzw. das generalisierte Steuerungsmedium Geld stehen demnach grundsätzlich einer Lösung der ökologischen Krise entgegen. Der Akkumulationsimperativ drängt die Unternehmen zu ökologisch unsinnigen Produktionen, zum technokratischen Naturmanagement und zum Wachstum, zu einer Ausweitung der Naturnutzung. Auf Basis einer Wertvergesellschaftung von Natur, die deren konkrete Qualitäten ignorieren muss, erübrigt sich jeglicher Versuch der Herstellung eines bewussten gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Dagegen setzen die Fundamentalkritiken auf das Selber-Machen: Ein nicht-herrschaftliches Naturverhältnis und bewusste Gesellschaftlichkeit kann nur durch direkt selbstbestimmte Produktionsverhältnisse, etwa in Genossenschaften, entstehen. Deren Mitglieder werden sich – so die Hoffnung – respektvoll gegenüber der Natur verhalten, da sie keinen Profit mehr machen müssen. Sie werden die Strategie ihrer nachhaltigen Eigenproduktion in einem partizipativen, basisdemokratischen Prozess planen. Entgegengesetzt ist der Ansatz der „ökologischen Modernisierung“ des kapitalistischen Systems. Was bei den Fundamentalkritikern als aufzuhebende Ursachen für die Ökokrise bekämpft wird, sind hier gestaltungsfähige Voraussetzungen, um sie zu bewältigen: Kapitalverwertung, industriell-technokratische Effizienz und Konkurrenz gelten als Triebfedern für grüne Innovationen. Der ökologische „Fehler“ wird lediglich in einer Störung im industriellen Stoffwechsel mit der Natur gesehen. An der Schnittstelle Mensch-Natur befinden sich unzureichend an Naturkreisläufe angepasste Technologien und Produkte, etwa die fossilen Energien. Der Schlüssel liegt daher in neuen Technologien, die den industriellen Stoffwechsel so verändern, dass er konsistent ohne schädliche Nebenwirkungen in Naturprozesse integriert wird. Für einen solchen Wandel müssen die Innovationskräfte des Marktes gestärkt und in die richtige Richtung gelenkt werden, durch Setzen von positiven und negativen ökonomischen Anreizen (Subventionen, Ökosteuer) und anderen Rahmensetzungen. Die Reichtumsverteilung und das Konsumniveau bleiben in diesem Konzept als zu akzeptierende und nicht beeinflussbare Struktur bestehen.

Die dritte Denkrichtung „Phasenwechsel“ lässt sich zwischen „Fundamentalkritik“ und „ökologischer Modernisierung“ einordnen. Die Ursachen für die ökologische Krise werden zwar im Versagen grundlegender Funktionsprinzipien und Regulationen des gegenwärtigen Kapitalismus bzw. der gegenwärtigen Moderne gesehen. Die Antwort darauf besteht jedoch nicht in deren Abschaffung, sondern in einer gravierenden Modifizierung, der Einleitung einer fundamental neuen Phase. Der Innovationsdrang soll in eine soziale und ökologische Richtung gelenkt, die negative Markt-Begleiterscheinung Wachstum durch eine Suffizienzkultur unterlaufen, die industrie-gesellschaftlich-patriarchale Hierarchie des Produktiven über das Reproduktive aufgehoben, die abgehalfterten politischen Institutionen durch partizipative Arrangements ergänzt werden.

Wie kann diese Synthese aus den jeweils aufhebenswerten Inhalten aus Affirmation und Fundamentalkritik in ein Transformationsprojekt überführt, wie kann es politisch konkretisiert werden? Das Paradigma „Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit“ greift zunächst plakativ Ansprüche aus Fundamentalkritik („Gleichheit“), aus ökologischer Modernisierung („Freiheit“) in Kombination mit dem ökologischen Anspruch („Genügsamkeit“) auf. In den folgenden Abschnitten werde ich versuchen zu zeigen, wie die dritte, beide Ansprüche aufnehmende Denkrichtung „Phasenwechsel“, in einem sozial-ökologischen Transformationsprojekt verwirklicht werden kann. Ein zentrales Projekt, anhand dessen die für diesen Phasenwechsel anvisierte Synthese aus Umverteilung, Markt, Suffizienz, Emanzipation, Aufwertung des Reproduktiven und Partizipativen konkret und plastisch wird, ist das „Ökologische Grundeinkommen“.

## 2 Einstiegsprojekt „Ökologisches Grundeinkommen“

Transformationsprojekte in Richtung „Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit“ müssen drei Grundanforderungen erfüllen: Sie müssen zu mehr individueller Freiheit, zu mehr sozialer Gleichheit und zu mehr ökologischer Genügsamkeit führen, Dies ist bei den bisherigen Antworten auf die ökologische Krise, die im Rahmen der neoliberalen Regulation von der herrschenden politischen Klasse gebracht wurden, nicht der Fall.

Die von Rot-Grün eingeführte bestehende Ökosteuer etwa belastet Arme überproportional.<sup>2</sup> Zudem hat sie aufgrund der geringen Höhe kaum eine ökologische Wirkung, kann aber wegen der drohenden Verschärfung sozialer Ungleichheit auch nicht auf relevante Höhen angehoben werden.<sup>3</sup> Auch das EEG<sup>4</sup> weist diese soziale Schieflage auf, auch wenn es zum Durchbruch erneuerbarer Energien entscheidend beigetragen hat und deren Ausbau weiter treiben wird. Die herrschende Politik orientiert auf eine produktivistische Antwort auf die umweltpolitisch verursachte Verteuerung von Produkten: Durch Wachstum, vorzüglich durch neue Arbeitsplätze in der Ökotechnik, erhofft man sich eine Problemlösung. Prototypisch kommt dies in den Konzepten zum Green New Deal zum Ausdruck.<sup>5</sup> Weiteres Wachstum löst aber mitnichten soziale Probleme, es erhöht aller Erfahrung nach hingegen soziale Ungleichheit.

Als Alternative zu dieser weder sozial noch ökologisch erfolgreichen Umweltpolitik wird – häufig von linker Seite – verstärkte Ordnungspolitik eingefordert, die über das Setzen von Grenzwerten für die Produktion hinausgeht. Die Politik soll umweltschädliche, unnötige Konsumtionen schlicht und einfach verbieten. Ins Visier genommen werden dabei zuallererst die mit einem hohem symbolischen Luxus-, Schwachsinn- und Schädlichkeitsfaktor belegten Produkte wie Geländewagen, Südfrüchte, Fernreisen etc. Aber tendenziell alle ökologisch fraglichen Konsumtionen von unnötigen Autofahrten bis hin zu farbigem Toilettenpapier sollen für alle untersagt werden. Das ist sozial, weil es jeden gleich trifft und ist möglicherweise auch ökologisch zielführend, schränkt aber die individuelle Freiheit unzulässig ein. Wir können nicht im Detail vorschreiben, welche Wagen zu welchen Anlässen wann benutzt werden dürfen, welche Möbel in welchen Wohnungen aufgestellt werden dürfen bei wie viel Kindern, welche Speisen aus welchen Ländern ich zu welchen Anlässen in welcher Menge zu mir nehmen darf etc. Das alles – und noch viel mehr – müsste nämlich festgelegt werden. Von welchem Standpunkt aus aber kann welcher Lebensstil untersagt werden? In welchen auch nur halbwegs demokratischen Verfahren sollte dies geschehen? Aus der Akzeptanz der Pluralität der Lebensstile in der Moderne folgt vielmehr, dass Regeln abstrakter werden müssen. Wenn wir nicht alles im Detail regeln können und wollen, kann dies nur über den Preis gehen. Nur er ermöglicht den Individuen eine der Modernen angemessene Handlungsfreiheit bei gleichzeitiger Setzung einer Grenze seines Gesamt-Umweltverbrauchs.

Für eine sozial-ökologische Transformation sind nun Lösungen und Projekte gesucht, welche die Ratlosigkeit, die ökologische, soziale oder emanzipatorische Schieflage bisheriger bzw. anvisierter Politiken vermeiden und eine integrierte Antwort bieten: Sie müssen *gleichzeitig* ökologisch, sozial und emanzipativ sein.

Das Projekt „Ökologisches Grundeinkommen“ (ÖGE) erfüllt diese Anforderungen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die natürliche Umwelt mit ihrer Atmosphäre,

<sup>2</sup> Die Einnahmen werden zwar zum Teil zur Senkung der Rentenversicherungsbeiträge verwendet, davon profitieren jedoch besserverdienende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte überproportional

<sup>3</sup> Die 1999 eingeführte Ökosteuer beträgt bei Benzin 15 Cent/Liter (12% des Preises) bei Gas 2 Cent/m<sup>3</sup> (3% des Preises) und bei Strom 2 Cent/kWh (10% des Preises). Die Energiepreisschwankungen sind deutlich höher und bestimmen das Verhalten daher eher als diese Ökosteuer

<sup>4</sup> EEG = Erneuerbare Energien Gesetz. Einspeiser von regenerativ erzeugtem Strom erhalten eine garantierte Vergütung, die deutlich über dem Marktpreis für Strom liegt. Die Differenz zum Marktpreis wird aus einem zentralen Fond an die aufnehmenden Versorger erstattet und auf alle Stromverbraucher umgelegt. Den Aufschlag (2011: 3,5 Ct/kWh) trifft Arme überproportional.

<sup>5</sup> Es gibt allerdings verschiedene Varianten des Green New Deal, etwa sozialere. Vgl. Schachtschneider, Ulrich 2009: Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts? RLS-Standpunkte 17/2009; [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ihren Ressourcen und ihren Senken ein Gemeingut aller Erdenbürger darstellt. Wer dieses Gemeingut nutzen will, hat die Eigentümer um Erlaubnis zu fragen. Bei begrenzten Nutzungsmöglichkeiten werden dafür Gebühren erhoben, die die Eigentümer erhalten. Das Aufkommen dieser Nutzungsentgelte, also etwa eine Öko-Steuer auf nicht erwünschte bzw. nur begrenzt akzeptable Substanzen und Verbräuche (CO<sub>2</sub>, Rohstoffe, Flächenverbrauch u.a.) wird daher gleichmäßig unter der Bevölkerung zurückverteilt.<sup>6</sup> Jedem Bürger vom Säugling bis zum Greis wird ein „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“ ausgezahlt.<sup>7</sup> Da diese Steuer im Durchschnitt in alle Produkte einfließt, werden Wohlhabende mit hohem Konsum im Saldo belastet, Kinderreiche und Ärmere gewinnen. Für alle bleibt aber der preisliche Anreiz bestehen, mit weniger Umweltverbrauch hergestellte und daher billigere Güter vorzuziehen. Der Vorteil der Begrenzung von Umweltnutzung über Steuern ist der Freiheitsgrad, kein Lebensstil wird verboten. Bestimmte Konsumtionen werden zwar unattraktiver, können aber einzeln bzw. in Maßen weiter vollzogen werden. Eine solche Öko-Steuer mit Rückerstattung kann auf Höhen angehoben werden, die einen relevanten Einfluss auf Produktionsverfahren, die räumliche Struktur der Arbeitsteilung (Regionalisierung) und die Konsumtionsmuster haben werden. Der „Öko-Bonus“ bzw. ein „ökologisches Grundeinkommen“, vermeidet das bisherige Dilemma rein ökonomischer Instrumente der Umweltpolitik ohne Sozialausgleich: Ist der Ökosteuersatz zu niedrig, bewirkt er nichts. Ist er zu hoch, wird er unsozial. Hier ist es umgekehrt: Je höher die Sätze werden, desto größer wird der Umverteilungseffekt, und zwar international genauso wie intranational. Das Verfahren kann auf jeder räumlichen Ebene angewendet werden. Solange es etwa keine global verbindlichen Übereinkünfte gibt, kann auch eine Nation alleine damit beginnen, ihre zulässige Umweltnutzung durch Steuern bzw. Zertifikateverkauf zu begrenzen und durch die Rückverteilung der Einnahmen einen Umverteilungseffekt bei sich erreichen.

Ein ÖGE führt gleichzeitig zu mehr sozialer Gleichheit, zu ökologischer Genügsamkeit und zu mehr individueller Freiheit. Letztere wird nicht nur durch die Akzeptanz verschiedenster Lebensstile gewahrt, die im Rahmen der ökologisch-monetären Beschränkung gelebt werden können. Sie wird auch gefördert durch die Verbesserung der Position des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt. Wer schon ein Grundeinkommen hat, hat dort eine stärkere Position, kann eher unzumutbare Kontrakte ablehnen. Freiheit steigt mit der Möglichkeit, Alternativen wählen zu können, ohne gravierende Nachteile zu erlangen.<sup>8</sup>

Ein ÖGE kann sukzessive angehoben werden und immer wieder neu justiert werden entsprechend der ökologischen Ziele, aber auch anhand sozialer Erwägungen. Der Preis für die Umweltnutzungen kann sich nicht nur nach den akzeptierten Emissionseinträgen oder Ressourcenentnahmen richten, sondern auch nach dem gewünschten Ertrag. Ein ÖGE eignet sich hervorragend zur schrittweisen Einführung. Es kann klein beginnen, um zunächst das Prinzip als solches zu verankern und erst einmal Erfahrungen mit seiner Wirkung zu sammeln.

### 3 Eine neue Hegemonie ist möglich

Die gleichzeitige soziale, ökologische und emanzipative Qualität eines zentralen Transformationsprojekts ÖGE lässt zumindest auf die Möglichkeit einer breiten Zustimmung schließen. Kann es aber Bestandteil einer neuen Phase des Kapitalismus sein?

<sup>6</sup> Die Idee eines globalen Gemeineigentums, welches treuhänderisch („sky trust“) von allen Erdenbürgern verwaltet wird, wird ausführlich entwickelt in: Barnes, Peter 2008: Kapitalismus 3.0. Ein Leitfaden zur Wiederaneignung der Gemeinschaftsgüter. Hamburg

<sup>7</sup> Die Idee eines Ökobonus wurde u.a. vorgeschlagen vom FÖS (Forum ökologisch soziale Marktwirtschaft) [www.foes.de](http://www.foes.de)

<sup>8</sup> Vgl. Spehr, Christoph 2003: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation. Texte 9 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin

Grundsätzlich ist keine bestimmte Ausprägung des Kapitalismus durch irgendwelche Entwicklungsgesetze vorgeschrieben. Mit dem Regulationsansatz ist davon auszugehen, dass kapitalistische Akkumulation sich nicht selbst stabilisieren kann, sondern dafür eine Regulationsweise braucht, die freilich historisch variiert. Sie besteht nach Lipietz in „der Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und impliziter oder expliziter Normen, die die Verhaltensweise im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern...“.<sup>9</sup> Bestandteil jeder Regulationsweise ist ein soziales Paradigma, die herrschende Deutungskonfiguration eines hegemonialen Blocks tragender gesellschaftlicher Gruppen. Das soziale Paradigma des Fordismus war zum Beispiel „soziale Marktwirtschaft“ bzw. „Fortschritt“: Die Gesellschaft befand sich in den Augen der meinungsbestimmenden Mehrheit auf dem guten Weg des staatlichen, technischen und sozialen Fortschritts.<sup>10</sup> Als hegemonialen Block definiert Lipietz eine Koalition sozio-ökonomisch konstituierter Gruppen, die ihr »Projekt« als dasjenige der Gesamtgesellschaft legitimieren und dadurch realisieren können. Ein hegemonialer Block stellt einen weitreichenden Konsens dar. Er muss eine so große Ausdehnung haben, dass diejenigen, deren Interessen unberücksichtigt werden, „sehr minoritär“ sind. Der Konsens fußt auf der Berücksichtigung sozial-psychologischer, materieller und ideologischer Bedürfnisse: Innerhalb eines hegemonialen Blocks müssen die Individuen „ihre Identität, ihre Interessen und Meinungsverschiedenheiten ausdrücken können.“<sup>11</sup>

In welcher Weise könnte das ÖGE als zentrales Projekt einer sozial-ökologischen Regulation mit dem Paradigma „Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit“ einen solchen hegemonialen Block konstituieren? Zunächst verweist der Synthesekarakter des Paradigmas auf die Möglichkeit einer als legitim anerkannten Repräsentation eines breiten Spektrums von Meinungen. Als eine weitere Bedingung für die Konstituierung eines hegemonialen Blocks gilt – neben der Gewährleistung materieller Interessen – die Möglichkeit für die Individuen, ihre Identitäten ausdrücken zu können.

### **Identitäre Bedürfnisse und ...**

Im Sinne einer ersten vorsichtigen Annäherung soll im folgenden angedeutet werden, in welcher Weise das Reformprojekt eine Kohärenz mit bestehenden Konsumstilen, Identitäten und Wertorientierungen wesentlicher gesellschaftlicher Schichten, wie sie etwa in den Sinus-Milieus<sup>12</sup> für Deutschland herausgearbeitet worden sind, aufweisen könnte. Diese Kohärenz, d.h. eine stabilisierende, sinnhafte Kompatibilität, ergibt sich zum einen aus der möglichen Identifikation mit dem Paradigma, dessen Elemente Freiheit, Gleichheit und Genügsamkeit sich in den Wertorientierungen wiederfinden müssen. Zum anderen sollten die konkreten Transformationsprojekte für die Verwirklichung dieser Identitäten und Werte nützlich sein, ihnen zumindest aber nicht im Wege stehen. Hegemonie ergibt sich sowohl aus aktiver Zustimmung als auch aus passiver Hinnahme.

Ein ÖGE erhöht – kurz gesprochen – die Realisationschancen für ressourcenschonende, postmaterielle Aktivitäten jenseits der Erwerbsarbeit. Die Sinus-Studie kennt mindest vier Milieus mit einem Bevölkerungsanteil von insgesamt ca. 35%, deren Identität und deren Wertorientierungen deutlich in diese Richtung gehen. Da sind zunächst die „modernen Performer“ (10%), die „junge, unkonventionelle Leistungselite“. Ihr Ehrgeiz bezieht sich auf das „eigene Ding“, jenseits des materiellen Erfolges. Ihr Konsumstil ist durch die Lust am Besonderen, an Kultur und Multimedia geprägt, außerdem gibt es großes Interesse an sportlicher Betätigung. Die „Experimentalisten“ (9%), die individualistische „neue Boheme“ aus der Mittelschicht, haben große Lust am Leben und Experimentieren, gehen kreativen Tätigkeiten nach. Ihnen ist ma-

<sup>9</sup> Lipietz, Alain 1998 (1985): Das Nationale und das Regionale. In: Lipietz, Alain 1998: Nach dem Ende des goldenen Zeitalters: Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg

<sup>10</sup> Vgl. Lipietz, Alain 1991: Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189

<sup>11</sup> ebd.

<sup>12</sup> Sinus-Institut 2009; [www.sinus-institut.de](http://www.sinus-institut.de)

terieller Erfolg weniger wichtig und ihr Hauptinteresse richtet sich auf Musik, Kunst, Kultur und Bücher. Die „Postmateriellen“ (10%), das aufgeklärte Nach 68er-Milieu mit liberaler Grundhaltung, postmateriellen Werten und intellektuellen Interessen, richtet seine Ansprüche auf die Entfaltung von individuellen Bedürfnissen und Neigungen, auf das Schaffen von Freiräumen für sich und auf mehr Zeitsouveränität. Überflüssigen Konsum lehnen sie ab, sie schätzen „subtile Genüsse“, die ihren Preis haben dürfen, kaufen selektiv nach dem Motto „Weniger ist mehr“. Als letztes potentiell einem ÖGE zugeneigtes Milieu wäre die Gruppe der in der Sinus-Studie so bezeichneten „DDR-Nostalgischen“ (4%) zu nennen, mit Orientierung an Gerechtigkeit und Solidarität, einem demonstrativ einfachen Leben und einer Ablehnung von Prestigekonsum als „westlicher Unart“.

Etwas schwieriger wird es mit den „Hedonisten“ (11%), den Spaßorientierten aus der modernen Unterschicht. Sie verweigern zwar Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft, sind aber stark konsumorientiert, vorzugsweise an Unterhaltungselektronik, „Klamotten“ und Autos. Ein ÖGE kommt ihrer hedonistischen Leistungsskepsis entgegen, kollidiert jedoch mit ihren Konsumbedürfnissen, da diese sich verteuern könnten. Ebenso indifferent derartigen Transformationsprojekten gegenüber verhalten könnte sich die „bürgerliche Mitte“ (15%), der „statusorientierte moderne Mainstream“ mit Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen. Ein ÖGE wird möglicherweise als Bedrohung der eigenen Leistungsbereitschaft und des „verdienten Lohnes“ gesehen, kann aber genauso gut auch als Schritt zu mehr Lebenssicherheit, als Sicherung gegen sozialen Abstieg gewertet werden. Auch die „Konservativen“ (5%), das „alte Bildungsbürgertum mit humanistisch geprägter Pflichtethik“ und erhöhtem Abgrenzungsbedürfnis, hätte einerseits Gründe für Vorbehalte, etwa gegen „leistungslose“ Einkommen, andererseits beinhaltet ihre konservative Kulturkritik die Ablehnung von Konsumorientierung bzw. die Betonung von immateriellen Werten und sozialem Engagement, welches etwa durch das ÖGE befördert wird.

Widerstände hingegen sind eher zu erwarten von den „Traditionsverwurzelten“ (14%) in der kleinbürgerlichen und traditionellen Arbeiterkultur, den „Konsum-Materialisten“ (12%), der materialistisch geprägten Unterschicht, die über Konsum soziale Benachteiligungen zu kompensieren versuchen sowie den „Etablierten“ (10%) mit einer Erfolgs-Ethik und Exklusivitätsansprüchen.

Die hier im Schnelldurchgang durch gesellschaftliche Milieus nur angedeutete und abgeleitete (und keineswegs empirisch verifizierte) Stellung derselben zum Einstiegsprojekt eines ÖGE, das hier exemplarisch für ein neues Paradigma „Freiheit, Gleichheit, Genügsamkeit“ steht, zeigt, dass zumindest in erster Näherung eine gute Chance für die Anschlussfähigkeit an vorhandene identitäre Bedürfnisse und Wertorientierungen vorhanden ist. Eine große Mehrheit kann sich sicher hinter Paradigmen wie Freiheit bzw. Gleichheit versammeln, aber auch gut die Hälfte der Milieus dürfte sich zumindest offen, wenn nicht sogar offensiv zustimmend gegenüber dem Leitbild der materiellen Genügsamkeit verhalten. Allerdings ist damit noch längst nicht garantiert, dass die postmateriellen Selbstverwirklichungsinteressen im Saldo wirklich zu weniger Umweltverbrauch führen.<sup>13</sup> Entscheidend wird ein umfassender kultureller Wandel hin zur Mäßigung, zur Konzentration auf das Wenige, auf Qualität statt Quantität, auf Genuss statt schnellem Wechsel etc. sein. Die aktuelle postmaterielle Orientierung in einigen Milieus kann dafür nur ein erster Schritt sein.

Anschlussfähigkeit bedeutet nicht, die beschriebenen Wertorientierungen als unveränderliches Diktum, als konstante Randbedingung, zu setzen. Allerdings ist für einen Einstieg in ein Transformationsprojekt eine Kompatibilität mit zumindest einem wesentlichen Teil der gegenwärtigen Wertorientierungen notwendig. Diese könnten sich

<sup>13</sup> Vgl. dazu die kritischen Ausführungen in Paech, Niko 2005: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Ansätze für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit. Marburg. Einen Überblick über diese Argumentation findet sich in: Adler, Frank/ Schachtschneider, Ulrich 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München.

dann im weiteren Transformationsprozess in Richtung einer größeren Kompatibilität mit dem neuen sozialen Paradigma verändern, die noch unsichere „Fundsache“ würde sich dann verfestigen.

### **... materielle Interessen**

Um einen neuen hegemonialen, einen „historischen sozialen Block“ zu konstituieren, müssen auch materielle Interessen (nicht gleichzusetzen mit Interessen an materiellem Konsum) der tragenden Gruppen hinreichend berücksichtigt sein.

Das Projekt eines ÖGE bedeutet erstens direkte Umverteilung. Das Aufkommen einer Besteuerung von Umweltverbrauch wird gleichmäßig unter der Bevölkerung zurückverteilt. Da diese Steuer im Durchschnitt in alle Produkte einfließt, werden Wohlhabende mit hohem Konsum im Saldo belastet, Ärmere gewinnen. Zweitens bewirkt ein Grundeinkommen aus ökologischer Besteuerung eine enorme Verbesserung der Position auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, dies hat auch einen umverteilenden Aspekt. Sind elementare Dinge des Lebens bereits gesichert, wird Erwerbsarbeit besser vergütet werden müssen. Dies gilt vor allem für schwere Arbeit verschiedenster Natur sowie für solche, deren Produkt vom Erbringer als weniger sinnvoll angesehen wird. Andersherum wird es auch mehr Tätigkeiten für wenig Geld bis hin zum Nulltarif geben. Etwa, wenn sich jemand selbst verwirklichen möchte, oder aber für jemand anderes oder eine Gemeinschaft etwas Gutes tun möchte. Die Übergänge werden fließend sein und das ist auch richtig so angesichts vielfältiger Arbeitsmotivationen, die irgendwo auf dem Kontinuum zwischen reinem Geldinteresse und reiner Selbstverwirklichung oder reiner Nächstenliebe angesiedelt sind. Es kommt also gleichzeitig zu einer höheren Bewertung von Arbeit sowie zu ihrer Dekommerzialisierung. Drittens ist das Ganze mit einer Reduzierung von Umweltverbrauch verbunden, verbessert also eine nicht minder wichtige materielle Lebensbedingung – den Erhalt der natürlichen Umwelt. Im Prinzip alle gesellschaftlichen Gruppen und Milieus haben also einen materiellen Nutzen. Die Besserverdienenden büßen zwar Konsumtionsrechte ein, erhalten aber im Gegenzug eine Verbesserung ihrer natürlichen und sozialen Umwelt – ein neuer Gesellschaftsvertrag könnte hier auf den Plan treten.<sup>14</sup>

Nur wenige wären in diesen hegemonialen Block nicht integriert. Etwa diejenigen, die weiter auf ein Arbeitseinkommen oder auf Profit aus ökologisch und sozial zweifelhaften, aber zurückgedrängten Branchen wie etwa Kohle, Auto, bestimmte Teile des Finanzwesens etc. bauen und sich einem Wechsel in andere Branchen, etwa der Kultur etc widersetzen. Die Akzeptanz des ökologisch notwendigen, aber für den einzelnen oft bedrohlichen Strukturwandels weg von den Altindustrien wird durch das ÖGE entscheidend erleichtert. Das Hauptproblem für die Durchsetzung von branchenbezogener oder auch allgemeiner Schrumpfung der Wirtschaft ist der als existenzielle Bedrohung wahrgenommene drohende Verlust von Einkommen der in den untergehenden Sektoren abhängig Beschäftigten. Natürlich wird immer ein Teil außerhalb des hegemonialen Konsenses verbleiben. Etwa diejenigen, die den auf Grundeinkommensbasis leichter möglichen Lebensstilen mit mehr Gemeinschaft, mehr Zeit, aber weniger Geld nichts abgewinnen können. Der großen Mehrheit aber kann eine solche Transformation Antworten geben auf konkret erfahrene soziale, emanzipatorische und ökologische Unzulänglichkeiten liberalisierter Marktökonomien, unter denen viele Menschen aus unterschiedlichsten Schichten und Milieus in unterschiedlichen Formen leiden: Nicht nur Arme empfinden die zunehmende materielle Spaltung als drückend. Nicht nur Mütter und Väter können angesichts zunehmender Ungleichverteilung von Arbeit ihre Lebensansprüche nicht mit den Anforderungen ihrer Erwerbstätigkeit vereinbaren. Nicht nur die neuen Selbständigen leiden unter dem Zwang, ihre kreativen Fähigkeiten für zweifelhafte Nachfragen verkaufen zu müssen. Nicht nur ökologisch Engagierte sehen zunehmend die Wachstumslogik

<sup>14</sup> Vgl. BUND/EED (Hg.) 2008: Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt a.M., S.606

als Ursache für das Unterlaufen partieller ökologischer Fortschritte. Das Transformationsprojekt eines ökologischen Grundeinkommens ist aber auch deswegen hegemoniefähig, weil es die – zu Recht positiv gewerteten – Freiheiten und Potenziale des Marktes nicht aufhebt. Das Wirtschaften und Leben wird nicht unter den problematischen Primat einer direkten Vergesellschaftung durch Planung im Rahmen von Gemeinschaften oder aber gar Gesamtgesellschaften gestellt. Vielmehr können sich die emanzipatorischen Gehalte der Wahlfreiheit, der Flexibilität, der nicht-hierarchischen Koordination im Rahmen sozial-ökologischer Regulierung erst richtig entfalten.

#### 4 Eine sozial-ökologische Regulationsweise

Die Regulationsweise eines sozial-ökologischen Reformprojektes umfasst natürlich weitaus mehr als ein einzelnes, wenn auch zentrales Projekt wie das ÖGE. Weitere Elemente einer sozial-ökologischen Regulationsweise können in der hier gebotenen Kürze allenfalls angedeutet werden. Ich werde dies ausgehend von ihrem Zusammenhang zum ÖGE hin tun.

Direkt mit dem ÖGE verbunden ist eine Aufwertung von Planung. Die Besteuerung von unerwünschtem Umweltverbrauch erfordert eine gesellschaftlich bestimmte ökonomische Planung. Es ist gesellschaftlich festzulegen, welche Mengen von welchen Stoffen wann in welche Umweltsenken emittiert werden dürfen und welche Mengen von welchen Rohstoffen in welchen Zeiträumen verbraucht werden können. Diese Bestimmung des Soll-Zustands der natürlichen Umwelt ist die Basis für die ständige Justierung der Besteuerung (oder des Verkaufs von Lizenzen). Dies hat nichts mit einer die ganze Tiefe und Breite der Wirtschaftstätigkeit durchdringenden Planwirtschaft zu tun, die in einer vergesellschafteten Produktion jenseits kleiner Gemeinschaften erstens nicht effektiv und zweitens demokratisch nicht machbar wäre. Dieses Verständnis von gesellschaftlicher Planung beschränkt sich auf die demokratische Festlegung eines ökologischen und sozialen Rahmens des Wirtschaftens.<sup>15</sup> Letzterer besteht neben Arbeitsschutzvorschriften etc. in der Setzung von Mindest- und Höchstlöhnen, Höchstarbeitszeiten, einer repressionsfreien Grundsicherung etc. Ein bedingungsloses Grundeinkommen als besondere Form der repressionsfreien Grundsicherung kann dabei ein Weg sein. Die Ausschüttungen aus ökologischen Steuern stellen zunächst schon einen Teil eines bedingungslosen Grundeinkommens dar. Ab einer gewissen Höhe der Naturnutzungsgebühren erreicht diese Ausschüttung eine Höhe, mit dem ein menschenwürdiges Leben garantiert ist. Angesichts der nicht festgelegten und erst langsam steigenden Steuersätze eines ÖGE müssten jedoch andere Sicherungen dazukommen.

Mit dem ÖGE ebenfalls verbunden ist die Aufwertung von Gemeinschaftsgütern. Schon die Grundkonstruktion des ökologischen Grundeinkommens, dass sich aus Zahlungen von Nutzungsgebühren an den „Sky Trust“<sup>16</sup>, unsere „Himmels-Treuhand“ speist, basiert auf dem Status unserer Atmosphäre bzw. unserer natürlichen Umwelt als Gemeingut, das wir gemeinsam zu verwalten haben. Dazu kommt ein Erhalt, Ausbau und Wiederaneignung des öffentlichen Sektors in weiteren Bereichen wie z.B. Bildung, Gesundheit, Transport und Energie. Aber auch das nahräumliche Umfeld der Menschen wird durch das Grundeinkommen stärker als Gemeingut organisiert. Es werden Ressourcen frei zum nicht-kommerziellen Engagement in Nachbarschaften, Stadtvierteln, Kinder- und Altenbetreuung, Vereinen, Genossenschaften, Initiativen etc. Eine größere Zufriedenheit durch einen höheren Anteil an selbstorganisierter Arbeit im Bereich dieser commons führt zudem zu einer Reduktion von Konsumansprüchen, die häufig aus kompensatorischen Motiven entstehen.

<sup>15</sup> Vgl das Konzept von Planung in: Recht, Alexander/ Werner, Alban: Aufgaben und Instrumente demokratischer Planung. In: Das Argument 286

<sup>16</sup> nach einer Begrifflichkeit von Peter Barnes (vgl. Barnes 2008)

So könnte sich die nötige Kohärenz der Regulationselemente Ökosteuer, Grundeinkommen, gerechtere Löhne, Umverteilung von Arbeit, geringerer Konsum, kultureller Wandel, Basisdemokratie, Gemeingüter, Strukturwandel zur Care-Economy etc. herausbilden: Eine neue Form von „Teilhabe kapitalismus“<sup>17</sup> entsteht, diesmal allerdings ohne Wachstumsdruck wie im Fordismus. Dort war die Teilhabe wesentlich in Form von Sozialversicherungen und ständig steigenden Löhnen institutionalisiert. Teilhabe war damit positiv rückgekoppelt an Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch: Je mehr davon, desto mehr Lohnhöhe, desto mehr Teilhabe. Dieser produktivistische Zirkel wird durch das ÖGE als zentrales Element sozialer Sicherung umgedreht: Je höher die Naturnutzungsgebühren, desto schwieriger wird Wachstum, aber desto höher das Grundeinkommen. Teilhabe ist damit von Wachstum entkoppelt.

Alain Lipietz bezeichnet eine solche sozial-ökologische Regulation als „Alternative“, die sich gegen den „liberalen Produktivismus“ durchsetzt.<sup>18</sup> Ganz ähnlich strukturiert, wenn auch nicht mit regulationstheoretischem Hintergrund und Vokabular beschrieben, ist das neue Nachhaltigkeitskonzept des Wuppertal-Instituts. Dort heißt es zusammenfassend: „In Verbindung mit einer befriedigenden finanziellen Absicherung für alle überwindet eine Politik des ‚Arbeit fair teilen‘ die überkommene Wachstumspolitik, gesellschaftliche Ungerechtigkeit und Desintegration. Das ist die sozioökonomische Basis für eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Gesellschaft.“<sup>19</sup>

## 5 Ein sozial-ökologisches Akkumulationsregime?

Während die Regulationsweise für die gesellschaftliche Einbettung der Profitrealisation sorgt, sichert das Akkumulationsregime deren ökonomische Möglichkeit: Es sorgt dafür, dass über einen längeren Zeitraum hinweg eine bestimmte Entsprechung zwischen Produktion und Konsumtion aufrechterhalten wird, und zwar während der ständigen Transformation derselben.<sup>20</sup> Eine stabile Phase kapitalistisch geprägter Gesellschaft ist dann möglich, wenn sich Akkumulationsregime und Regulationsweise als kohärent erweisen, eine „Entwicklungsweise“ konstituieren. Diese Grundannahme wurde in der regulationstheoretischen Literatur wesentlich anhand der Phase des Fordismus (ca. 1945-1970) empirisch fundiert. Das fordistische Akkumulationsmodell beruhte auf tayloristisch organisierter Massenproduktion und dazu passender Massenkonsumtion standardisierter Produkte. Die Regulationsweise dieser Phase lässt sich auf den Begriff des „keynesianischen Wohlfahrtsstaats“ bringen.

Inwieweit eine sozial-ökologische Regulation ein stabiles neues Akkumulationsregime ermöglicht, macht Lipietz allerdings nicht deutlich. Offensichtlich geht er von einem Investitionsschub durch Ökotechnik aus, die aufgrund der umverteilenden Wirkung der Ökosteuer auch von ausreichend vielen Abnehmern gekauft werden kann. In dieser Richtung äußert sich zumindest der Lipietz-Übersetzer Frieder Otto Wolf in seinem Plädoyer für eine neue ‚Große Transformation‘: „Es geht zunehmend darum, die innerhalb der Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit liegenden Nutzungsmöglichkeiten unserer Umwelt zu erweitern, und mit dem Umbau von Konsumtions- und Lebensweisen, aber auch von Technologie- und Produktionsmodellen, eine ökologisch verträgliche, solidarisch, feministisch und demokratisch positive Neuorientierung in der Ausrichtung der Investitionsgüter auszulösen. Damit kann durchaus auch eine Welle von neuen Investitionen in Gang gesetzt werden, welche

<sup>17</sup> Nach einer Begrifflichkeit in Busch, Ulrich/ Land, Rainer: Deutschland zwischen 1950 und 2009 – Wirtschaftsentwicklung und Teilhabe (Der Teilhabekapitalismus und sein Ende), Entwurf für das SOEB-Kapitel Ökonomische Entwicklung an Makroindikatoren (Okt. 2009) [www.rla-texte.de](http://www.rla-texte.de)

<sup>18</sup> Vgl. Lipietz, Alain 1991 (s.o.)

<sup>19</sup> In: BUND/EED 2008, S.453 (s.o.)

<sup>20</sup> In: Lipietz 1998 (1985) (s.o.), S.161

die Dynamik des neuen Entwicklungsmodells tragen kann.“<sup>21</sup> Ein neues Akkumulationsregime ist demnach durch die Ankurbelung von Wirtschaftstätigkeit durch Investitionen, die nach sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtet sind, erreichbar.

Dies geht allerdings nur einher mit der Beachtung ökologischer Grenzen, wenn eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch zu erwarten ist. Davon scheinen Lipietz, Wolf, Land und andere Vertreter einer alternativen Regulationsweise auszugehen. Angesichts von etwa 20 Jahren lokaler Effizienzverbesserungen durch Ökotechnik, die jedoch nicht zu einem Rückgang des Gesamtressourcenverbrauchs geführt hat, scheint sich diese Entkopplung keinesfalls automatisch durch mehr innovative Technik einzustellen.<sup>22</sup> So verbleiben zwei Möglichkeiten, wie sich ein Akkumulationsregime in eine sozial-ökologische Regulationsweise einfügen könnte – eine mit und eine ohne Wachstum.

### **Mit Wachstum ...**

Wachstum kann sich im Rahmen der skizzierten alternativen Regulation aus zwei Quellen speisen: Zum einen geht dies durch einen Innovationsschub an Ökotechnik, der allerdings von einer gleichzeitigen Abnahme des Konsums begleitet werden muss, soll nicht der inzwischen evidente Effekt einer Überkompensation ökotechnischer Effizienzsteigerungen durch Masseneffekte riskiert werden. Dieses Wachstum durch Innovationen in der Ökotechnik ist zudem zeitlich begrenzt, da der ökologische Grenznutzen, bei dem der Umweltvorteil der Innovation geringer wird als ihr Aufwandsaufwand, nach einer Welle von Basis-Innovationen bald erreicht sein wird. Zum anderen wäre ein Wachstumsschub durch den Strukturwandel hin zu einer weniger ressourcenintensiven care-economy denkbar. Aber auch hier gilt die zeitliche Beschränkung: Ein ewiges Wachstum von personenbezogenen Dienstleistungen macht keinen Sinn. Gravierender jedoch ist die Kollision mit der anvisierten Regulationsweise: Deren Bestandteil ist eine Rücknahme des Volumens der Erwerbsarbeit gerade mit dem Ziel, mehr Zeit zu gewinnen für selbstorganisierte, nicht-kommerzielle reproduktive Tätigkeiten in Eigen- und Gemeinschaftsarbeit. Ein Akkumulationsregime mit Wachstum, woher immer es auch kommt, wird sich im Rahmen der geschilderten sozial-ökologischen Regulation also allenfalls temporär einstellen.

### **...oder ohne**

Die andere Möglichkeit ist ein Akkumulationsregime ohne Wachstum. In vergangenen Perioden des Kapitalismus ist ein Akkumulationsregime immer auch ein Wachstumsregime gewesen. Entsprechend wurde auch in der Regulationstheorie bisher davon ausgegangen. Es wurde mehr Kapital eingesetzt und mehr Profit gemacht und der Kuchen wurde größer. Im Fordismus wurde gleichzeitig auch mehr konsumiert. Dies machte diese Phase so relativ stabil, da Verteilungsfragen am besten umgangen werden konnten. Für alle konnten die Stücke größer werden, wenn auch auf Kosten der Ökonomien des Trikonts und auf Basis einer nicht nachhaltigen, rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Die Gretchenfrage ist nun, was bei einer Regulation mit weniger Konsum, wie sie sich Lipietz, die Wuppertaler Autoren u.a. vorstellen, mit der Kapitalakkumulation passiert.<sup>23</sup> Wo weniger konsumiert wird,

<sup>21</sup> Wolf, Frieder O. 2008: Umbau, Übergang, Transformation. Arbeitsthesen für einen begrifflichen Rahmen. In: Dellheim, Krause (Hg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin, S.35

<sup>22</sup> vgl. etwa Paech, Niko 2005 (s.o.), Altvater, Elmar 2008: Ein „Ökologischer Keynesianismus“ – Idee und kein Projekt. [http://die-linke.de/partei/weitere\\_strukturen/berufene\\_gremien/programmkommission](http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/programmkommission); Kaufmann, Stephan/ Müller, Tadzio 2009: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin.

<sup>23</sup> Die Wuppertaler Autoren halten zwar einen „Kapitalismus 3.0“, eine „öko-faire Wirtschaftsweise“ und damit eine sozial-ökologische Regulation der Marktwirtschaft für machbar, diskutieren jedoch das Problem eines dazu passenden Akkumulationsregimes nicht ausdrücklich. Sie wenden sich aber gegen ewiges Wirtschaftswachstum als fatalen und nur scheinbaren Problemlöser. Vorübergehendes Wachstum im Rahmen einer Innovationsschubes für ökologische Techniken sei in Ordnung, ein dauerhaftes Konzept für eine nachhaltige Entwicklung sei dies aber nicht. An einigen wenigen Stellen wird Zweifel deutlich, wie kompatibel eine be-

schmälert sich der Profit und wird weniger akkumuliert werden. Mit einer Ausweitung des öffentlichen Raums, mit einer Stärkung des Non-Profit-Sektors, mit einem Wandel von der Erwerbs- zur Tätigkeitsgesellschaft, mit einer Steigerung sozialer Sicherheit kann die oben skizzierte Regulationsweise genau diese Tendenz stützen.

Soziale Sicherung, etwa in Form eines ökologischen Grundeinkommens oder ähnlicher individueller Sicherheiten gegen die Zumutungen des Marktes, hat dabei die entscheidende Rolle für eine Zurückdrängung des Profits. Allerdings wird der Markt dadurch nicht aufgelöst, sondern eingegrenzt und damit in seiner Herrschaftsförmigkeit reduziert: Die Alternativen für jeden einzelnen werden größer. Die Verhandlungsposition der Nicht-Besitzenden, etwa auf dem Arbeitsmarkt, wird stärker. Der ökonomische Anreiz für eine Tätigkeit wird für viele unattraktiver. Das, was viele als Gegenargument anführen, nämlich die Wachstumshemmung sozialer Sicherheit, ist in Wirklichkeit ein ökologisches Plus: Nur wenn einem wirklich etwas wichtig ist, wird man dafür eine ökonomische Aktivität entwickeln, ob bezahlt im Rahmen von Erwerbsarbeit oder unbezahlt im Rahmen von Eigen- oder Bürgerarbeit. Dem generell problematischen Verhältnis von ökonomischer Betätigung und ökologischen Grenzen tut das gut. Wie viele Produktionen mit hohem Umweltverbrauch und mit problematischer sozialer Wirkung werden heute nur deshalb getätigt, um elementarer ökonomischer Not zu entgehen? Wie oft wird Kreativität eingesetzt für Produkte und Angebote, deren Emanzipationsgewinn für die Menschen mindestens zweifelhaft ist?

### **Die Kapitaldominanz überwinden?**

Damit ist allerdings nicht beantwortet, ob diese Eingrenzung von Profit, die ja eine Eingrenzung der kapitalistischen Zone in der Gesellschaft wäre, dauerhaft stabil ist. Wer aber kann mit welcher Begründung umgekehrt sagen, dass ein eingegrenzter Markt mit einer Zurückdrängung der Kapitalmacht nicht funktioniert? Wir können es nur ausprobieren. Es ist realistisch, für eine solche radikale Reform zu kämpfen. Eine Hegemonie erscheint zumindest im Bereich des Möglichen. Und es sind kleine Schritte möglich. Das Kernprojekt ökologisches Grundeinkommen etwa kann sukzessive eingeführt werden. Es lohnt sich nicht nur für Reformen: Natürlich liegt in der Dynamik des Kapitalismus immer die Gefahr in der Luft, dass emanzipative Reformansätze durch eine sinnverkehrende Übernahme in einen neuen herrschaftlichen Kontext integriert werden, eine „passive Revolution“ (Gramsci) die kapitalistische Herrschaft auf neue Weise festigt. Kämpfe um Hegemonie können nicht vorausgesagt, Regulationsweisen nicht am Konferenztisch geplant werden. Wenn wir aber auch nur halbwegs erfolgreich sind, kommt zumindest übergangsweise eine halbwegs sozial-ökologische Regulationsweise des Kapitalismus heraus, die durch eine Zurückdrängung der Kapitaldominanz charakterisiert ist. Ob man dann noch von „Kapitalismus“ sprechen kann?

Ulrich Schachtschneider, Oldenburg im Dezember 2010

Dipl.-Ing. Dr. rer.pol.

Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u.v.m.

Gesprächskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ulrich.schachtschneider@gmx.de

---

ständige Akkumulation mit einer Regulationsweise ist, die einen genügsamen Lebensstil (Suffizienz), eine Entkommerzialisierung von Arbeit, eine Abkehr von Wachstum beinhaltet: „Allerdings – muss das besonders betont werden? – liegt eine Strategie der quantitativen Suffizienz quer zu den Antrieben eines auf Ausscheidungskonkurrenz programmierten Kapitalismus. Daher wird dieses Jahrhundert für den Kapitalismus einen Prüfstein besonderer Art bereithalten: Nur wenn er es schafft, Wertschöpfung bei sinkenden Güterquantitäten zu betreiben, kann er sich eine Chance auf Zukunftsfähigkeit ausrechnen.“ (BUND/EED 2008, S.246)